

KANTONALE VOLKSABSTIMMUNGEN VOM 9. FEBRUAR 2025

Ja zur Solarinitiative



Am 9. Februar entscheiden die Stimmberechtigten des Kantons Bern über die von der EVP mit eingereichte Solar-Initiative. Diese verlangt primär, dass geeignete Flächen von Wohn- und Industriegebäuden zur Energiegewinnung beitragen sollen. Das ist dringend nötig, um die gesetzten Energie- und Klimaziele zu erreichen.



Solaranlagen können auch durch Dritte erstellt werden wie hier in Utzigen durch die OptimaSolar Genossenschaft Worblental. Hanspeter Steiner (kleines Bild) war Gründungsmitglied und zehn Jahre lang Präsident dieser Genossenschaft.

Konkret verlangt die Initiative, dass geeignete Dächer oder Fassaden von Neubauten möglichst vollständig für die solare Energiegewinnung genutzt werden müssen. Dabei wird die thermische Energie der elektrischen gleichgestellt. Dasselbe gilt, sofern zumutbar, auch für die bestehenden Gebäude. Die Solarpflicht gilt jedoch erst dann, wenn die Dachsanierung ansteht, spätestens aber ab 2040. Die Eigentümer müssen die entsprechenden Anlagen nicht zwingend selber bauen, sondern

sie können sie auch durch Dritte erstellen und betreiben lassen – etwa durch eine Solargenossenschaft. Für Neubauten und bestehende Bauten ist vorgesehen, dass der Regierungsrat per Verordnung die Eignung, die Zumutbarkeit und den Umfang der minimal zu installierenden Leistung festlegt. Weiter kann der Regierungsrat Ausnahmen festlegen – zum Beispiel bei denkmalgeschützten Bauten. Wer auf den Bau einer Anlage verzichten will, kann sich durch

eine Ersatzabgabe von der Pflicht befreien. Diese berechnet sich aus der nicht installierten Leistung pro Kilowatt. Die Höhe der Abgabe legt der Regierungsrat in einer Verordnung fest.

Schwacher Gegenvorschlag

Der Grosse Rat hat einen Gegenvorschlag zur Initiative ausgearbeitet. Leider wurde dieser wegen erfolgreicher Lobbyarbeit des Hauseigentümer-Verbandes so stark zerzaust, dass vom Anliegen der Initiative nicht mehr viel übrigblieb. So sieht

der Gegenvorschlag nur noch für Dächer von Neubauten eine Solarpflicht vor. Bei Dachsanierungen gilt lediglich eine Meldepflicht mit Nachweis über die Eignung für eine Solaranlage. Ein Rückzug der Initiative zu Gunsten des Gegenvorschlags wurde durch diese Abschwächungen verunmöglicht. Aus diesem Grund werden wir über Initiative und Gegenvorschlag abstimmen.

Die EVP empfiehlt Ihnen, sowohl die Initiative wie den Gegenvorschlag anzunehmen und bei der Stichfrage für die Initiative zu stimmen.

Hanspeter Steiner, Grossrat, Boll

AZB 3001 Bern
DIE POST

PAROLEN ZUM 9. FEB. 2025

Infos: www.evp-be.ch/abstimmungen
und www.evppev.ch/abstimmungen

	Berner Solar-Initiative	JA
	Gegenvorschlag	JA
	Stichfrage	Initiative
	Umweltverantwortungsinitiative	JA

GEMEINDEWAHLEN 2

Letzten Herbst beteiligte sich die EVP an 25 Gemeindevahlen im Kanton Bern. Eine Analyse.

VOLKSABSTIMMUNG 3

Am 9. Februar entscheidet das Schweizer Volk über die Umweltverantwortungsinitiative. Einige Hintergründe.

SESSIONSBERICHTE 3, 4

Die EVP-Mitglieder im Grosse Rat und im Nationalrat setzten sich für eine wertorientierte Politik ein.

INTERVIEWS 5

Zwei EVP-Mitglieder geben Auskunft über ihre Tätigkeit im Gemeinderat und in der Kantonsverwaltung.

Licht und Schatten nahe beieinander



«Nid jufle»

In meinem Heimatkanton Zürich geniessen Bernerinnen und Berner mitunter den Ruf, alles etwas ruhiger und gemächlicher anzugehen. Und tatsächlich, in meinen insgesamt bald sechs Jahren als «frömde Fötzu» in Bern (vier davon während meiner Lehrzeit) stelle ich immer wieder fest, dass in Bern weniger «gjuflet» wird als andernorts. Etwa der tägliche Sprint auf den Zug scheint nicht zu den Disziplinen zu gehören, zu denen Einheimische – im Gegensatz zu mir – regelmässig antreten. Vielleicht ist dies aber einfach auf eine bessere Zeitplanung zurückzuführen. Wie die SBB immer auf Achse – das trifft definitiv auch auf meine Gspänli der EVP Kanton Bern zu. «Nach den Wahlen ist vor den Wahlen» gilt wohl für niemanden so sehr wie für sie. 2023 nationale Wahlen, 2026 Grossratswahlen und in jedem Jahr diverse kommunale Wahlen. Das braucht «e länge Schnuuf!» Bei einer solchen Intensität nicht ins «Jufle» zu geraten und stets den Überblick zu bewahren, das beherrschen die Verantwortlichen der EVP Kanton Bern bestens. «Nid jufle» muss auch ich mir in der Hektik des Alltags immer wieder bewusst zusprechen. Momente der Ruhe und Besinnung bewusst zulassen und daraus Kraft für meine Arbeit schöpfen. Erholende und besinnliche Momente, fernab von jeglichem «Gjufu», wünsche ich auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser im neuen Jahr. Für Ihr Mittragen der EVP möchte ich mich herzlich bedanken.

Alex Würzer
Generalsekretär EVP CH



In 25 Orten im Kanton Bern beteiligte sich die EVP im «Superwahljahr» 2024 an den Gemeindewahlen. Dabei wurden letzten Herbst 13 Gemeinderats- und 25 Parlamentsmitglieder der EVP gewählt.



Die gewählten Exekutivmitglieder: oben v. l. Beatrice Kuster Müller (Burgdorf), Raymond Weber und Liliane Plüss (beide Hasle b. Burgdorf), Herbert Geiser (Heimberg), Sabrina Amacher (Interlaken), Josua Zurbuchen (Ittigen), Lucas Bremgartner (Kirchberg); unten v. l. Therese Rohrer (Münchenbuchsee), Roland Baumann (Seftigen), Lukas Zimmermann-Oswald (Sumiswald), Hanspeter Steiner (Vechigen), Niklaus Gfeller (Worb), Naémi Wyss (Wynigen).

EVP-RESULTATE GEMEINDEWAHLEN 2024

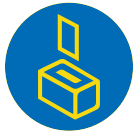
Bern:	GR 0 (=) / überparteiliche Liste SR 2 (=) / 2,28 % (-0,13 %)
Biel:	GR 0 (=) / keine Wahlteilnahme SR 2 (=) / 2,97 % (-0,2 %)
Belp:	GR 0 (=) / überparteiliche Liste
Bolligen:	GR 0 (=) / 2,9 %
Brügg:	GR 0 (=) / 5,65 %
Burgdorf:	GR 1 (=) / überparteiliche Liste SR 2 (-1) / 6,46 % (-1,14 %) GR 2* (=) / 24,61 % (+2,91 %)
Hasle b. Burgdorf:	GR 1 (=) / überparteiliche Liste
Heimberg:	GR 1 (+1) / überparteiliche Liste
Interlaken:	GGR 3 (+1) / 9,07 % (+1,45 %) GR 1 (+1) / 9,66 % (-0,84 %)
Ittigen:	GR 1 (+1) / überparteiliche Liste
Kirchberg:	GR 0 (=) / überparteiliche Liste
Langenthal:	SR 2 (=) / 4,88 % (-1,4 %) GR 0 (=) / 6,12 % (-4,35 %)
Meikirch:	GR 0 (=) / 2,96 % (-0,84 %)
Muri:	GGR 1 (=) / 2,91 % (-1,2 %)
Münchenbuchsee:	GR 1 (=) / 11,76 % (+1,29 %) GGR 3 (=) / 8,51 % (+0,41 %)
Ostermundigen:	GR 0 (=) / überparteiliche Liste GGR 3 (=) / 7,41 % (+0,2 %)
Rubigen:	GR: 0 (=) / überparteiliche Liste
Schwarzenburg:	GR: 0 (-1) / keine Wahlteilnahme
Seftigen:	GR 1 (=) / 20,82 % (2020 stille Wahl)
Spiez:	GR: 0 (-1) / 9,47 % (-4,53 %) GGR 3 (-1) / 9,61 % (-1,23 %)
Sumiswald:	GR: 1 (=) / überparteiliche Liste
Urtenen-Schönbühl:	GR 0 (=) / 4,57 %
Vechigen:	GR: 1 (+1) / überparteiliche Liste
Worb:	GR: 1* (=) / 7,77 % (-4,8 %) GGR: 3 (-1) / 7,95 % (-2,95 %)
Wynigen:	GR: 1 (=) / überparteiliche Liste
Zollikofen:	GR: 0 (=) / überparteiliche Liste GGR: 1 (-1) / 4,12 % (-0,58 %)
Legende:	GR = Gemeinderat GGR = Grosser Gemeinderat SR = Stadtrat * inkl. Gemeindepräsidium

Vielerorts trat die EVP mit eigenen Wahllisten an, zunehmend aber auch gemeinsam mit anderen Parteien. In einer Zeit, wo die Polarisierung stärker wird und sich auf Gemeindeebene immer mehr Parteien zurückziehen, werden überparteiliche Listen wichtiger. Erfreulicherweise gewann die EVP in Interlaken, Ittigen, Kirchberg und Vechigen einen Sitz im Gemeinderat. Leider gingen aber die Exekutivsitze in Spiez und in Schwarzenburg verloren. Bei den Parlamentswahlen stehen aus Sicht der EVP dem Sitzgewinn in Interlaken je ein Sitzverlust in Burgdorf, Spiez, Worb und Zollikofen gegenüber. Ein Blick auf die Stimmenanteile in den einzelnen Gemeinden bestätigt den langjährigen Trend: In den Agglomerationen wird der Boden für die EVP sehr steinig. Wahlberechtigte tendieren da immer stärker zu den grossen Parteien. Zudem ist anzunehmen, dass potenzielle EVP-Wählende – namentlich Familien mit Kindern – wegen den Wohnmöglichkeiten eher aus den städtischen Gebieten wegziehen.

Fazit: Das grosse Engagement vieler EVP-Leute widerspiegelt sich in den Wahlergebnissen nur teilweise. Die Stärkung der Basisarbeit ist überlebenswichtig.

Ruedi Löffel

Lebensgrundlage erhalten



Die Umweltverantwortungsinitiative will die planetaren Grenzen als Verfassungsgrundsatz festschreiben. Die Erhaltung unserer Lebensgrundlage auch für künftige Generationen soll den Rahmen von Wirtschaft und Konsum bilden. Die EVP empfiehlt deshalb die Annahme der Initiative.

Die EVP hat sich einer enkeltauglichen Politik verschrieben. Wirkungsvolle Massnahmen gegen den Klimawandel und für den Erhalt der Schöpfung sind zentrale Anliegen. Das Konzept der planetaren Grenzen hilft dabei zu erkennen, wo die Menschheit über ihren Verhältnissen lebt und wo die Lebensgrundlage gefährdet ist. Daraus lassen sich wichtige Schlussfolgerungen ziehen: Massvoller Konsum, Kreislaufwirtschaft und Verantwortung gegenüber anderen Ländern sowie künftigen Generationen sollen unseren Ressourcenver-



Die EVP setzt sich für die Bewahrung der Schöpfung und eine enkeltaugliche Politik ein.

brauch leiten. Die kurze Frist von zehn Jahren zur Umsetzung der Initiative

gibt ein ambitioniertes Tempo vor. Bei einer Annahme werden sich Politik, Wirtschaft und

Gesellschaft um eine gemeinsame Umsetzung bemühen müssen.

Gegenvorschlag gescheitert
Das Parlament hat es entgegen den Bemühungen der EVP verpasst, einen Gegenvorschlag zur Initiative vorzulegen, der eine realistischere Umsetzungsfrist vorgesehen hätte. Das zeigt umso mehr, dass das Parlament die Wichtigkeit der planetaren Grenzen zu wenig ernst nimmt. Für die EVP folgt daraus, dass der Druck durch die Volksinitiative nötig ist, um die komplexen Herausforderungen bei Klima, Biodiversität, Wasserverbrauch, Bodennutzung sowie Stickstoff- und Phosphoreintrag umfassend anzugehen. Die Delegierten der EVP Schweiz und der EVP Kanton Bern stimmten der Initiative jeweils mit grossem Mehr zu.

EVP CH

«VON JESUS INSPIRIERT HANDELN»

Neuer Claim der EVP BE

Politisch engagierte Menschen haben die Aufgabe, das Zusammenleben zu regeln und das Gemeinwohl zu fördern. Das Stimmvolk sowie die Mitglieder in Parlament und Regierung müssen die entsprechende Ordnung beschliessen. Mit welcher Motivation werden Entscheide getroffen? Persönliche Werte und übergeordnete Interessen sind dabei wegleitend. Die EVP Kanton Bern hat für ihre Arbeit den Claim «Von Jesus inspiriert handeln» gewählt. Die Werte, die Jesus Christus lehrte und lebte, sind eine tragfähige Basis für ein gutes Zusammenleben. In unserer pluralen Gesellschaft orientiert sich die Gesetzgebung aber nicht zwingend an christlichen Werten. Was bedeutet Inspiration von Jesus im multikulturellen Umfeld? Die programmatische Botschaft von Jesus heisst: «Kehrt um! Das Reich Gottes ist nahe.» (Matthäus 4,17). Umkehr bedeutet eine Erneuerung des Denkens und Handelns. Jesus ist nicht dem Trend seiner Zeit gefolgt, sondern Gottes Weisung. Umkehr heisst, sich Gott

zuwenden und wo nötig auch gegen den Strom schwimmen. Das Programm von Jesus ist auf Gottes Reich ausgerichtet. Einerseits meint er damit eine Wirklichkeit jenseits von Raum und Zeit, wo die christliche Hoffnung ihr Ziel erreicht. Andererseits sagt er, dass Gottes Reich in seiner Person schon angebrochen ist. Er fordert eine bessere Gerechtigkeit als jene der damaligen Meinungsführer, zugespitzt im Gebot «Liebt eure Feinde und betet für alle, die euch verfolgen.» (Matthäus 5,44). Ein solches Mass an Solidarität ist uns nicht angeboren. Es erfordert eine innere Quelle der Kraft, inspiriert von Gottes gutem Geist. Von Jesus inspiriert handeln heisst in seiner Nachfolge Vergebung und Versöhnung, Frieden und Gerechtigkeit aktiv fördern. Das Ziel ist nicht der kurzfristige Erfolg und der persönliche Vorteil, sondern das Wohl der Schwachen und der enkeltaugliche Nutzen. Es ist jene Menschenfreundlichkeit, die eine wirkungsvolle Ausstrahlung hat.
Pfr. Alfred Aeppli, Münchenbuchsee

AUS DEM NATIONALRAT

Gewichtige Entscheide

Die Wintersession des Parlaments stand ganz im Zeichen des Bundesbudgets 2025. Nicht nur die angespannte Finanzlage sorgte für Diskussionen, sondern auch der Wunsch einer Mehrheit, das Armeebudget massiv zu erhöhen. Der Nationalrat wollte dies mit Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit finanzieren – ein Vorhaben, das wir gemeinsam mit dem Ständerat abwenden konnten. Letztendlich einigte man sich auf eine Reduktion der Auslandhilfe um 110 Millionen Franken (statt der ursprünglich geplanten 250 Millionen). Im Gegenzug wurde das Armeebudget um 530 Millionen Franken aufgestockt. Ein Ergebnis, dem wir EVP-Nationalräte mit sehr gemischten Gefühlen zugestimmt haben. Besonders besorgniserregend war die Entscheidung des Nationalrats, den Schutzstatus S für Ukrainer/innen zu verschärfen. Künftig sollen nur noch Personen aus Kriegsgebieten Schutz erhalten. Angesichts der Tatsache,



dass die gesamte Ukraine von Angriffen betroffen ist, verunsichert diese Regelung die Menschen enorm und erschwert das Verfahren unnötig. Einen positiven Akzent setzte der Ständerat mit seinem Entscheid, den Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene zu ermöglichen. Nach drei Jahren Aufenthalt in der Schweiz können diese unter strengen Bedingungen ihre Kinder und Ehepartner nachholen.
Marc Jost, Nationalrat

Breites Engagement der EVP-Fraktion



In der Wintersession des Grossen Rates brachten sich die EVP-Ratsmitglieder als (Mit-)Motionärinnen und (Mit-)Motionäre bei verschiedenen Geschäften aktiv in die Debatte ein.

Der Vorstoss von **Tom Gerber**, den Teuerungsausgleich für kantonale Angestellte künftig in einem absoluten Franken-Betrag und nicht mehr in Prozenten auszugleichen, wurde vom Grossen Rat angenommen.

Melanie Beutler-Hohenberger setzte sich in der zweiten Lesung eines neuen Gesetzes für mehr Transparenz in der Parteien- und Kampagnenfinanzierung ein. Wählerinnen und Wähler haben das Recht zu erfahren, welche Geldgeber hinter politischem Engagement stehen.

Als Mitmotionär setzte sich **Philippe Messerli** erfolgreich dafür ein, dass künftig auch Polizistinnen und Polizisten in den Grossen Rat gewählt werden dürfen.



Tabea Bossard-Jenni

Heute gibt es zu wenig Schutzplätze für gewaltbetroffene Frauen und Kinder. Schutzsuchende müssen teils teuer ausserkantonale Plätze oder werden in Hotels unter-

gebracht, wo Betreuung und Sicherheit unzureichend sind.

Simone Leuenberger forderte als Mitmotionärin mehr Plätze. Der Rat stimmte dem zu.

Katja Streiff wollte Jugendlichen den zeitlich begrenzten, kostenlosen Zugang zu seriösen regionalen Medien ermöglichen, damit sich Jugendliche nicht bloss über die «sozialen» Medien über das Weltgeschehen informieren. Der Prüfauftrag wurde abgelehnt.

In der Sicherheitskommission arbeitete **Hanspeter Steiner** am Dekret über die Schifffahrt, das die Ausbreitung der invasiven Quagga-Muschel dank effektiven Massnahmen eindämmen soll.

Im Zusammenhang mit dem Budget und der Investitionspriorisierung leistete **Barbara Stotzer-**

Wyss grosse Arbeit. Sie sprach sich für zukunftsgerichtete Investitionen aus. Die von der Ratsmehrheit beschlossene Sistierung von Investitionen entspricht nicht dem Willen der EVP-Fraktion.

René Müller konnte bei Kreditgeschäften zur Bewältigung von Klimafolgeschäden darauf hinweisen, dass das Vorbeugen von Klimarisiken genau so wichtig ist wie Schadensbehebung und wirkungsvoller wäre als die aktuelle Pflasterlipolitik.

Im Namen der EVP durfte **Tabea Bossard-Jenni** den Bericht zu eBau würdigen. Die Digitalisierung des Baubewilligungsverfahrens entsprang einer EVP-Motion, die unsere Vorgänger 2014 im Grossen Rat einbrachten.

Verfolgen Sie die Aktivitäten der EVP-Fraktion auf den Social-Media-Kanälen der EVP Kanton Bern: Facebook, Instagram, X, Tiktok, Bluesky. – Follow, like, share, comment ☺

Tabea Bossard-Jenni
Grossrätin, Oberburg

ANZEIGE

IMPULSE, DIE LEBEN VERÄNDERN

Entdecken Sie
mehr unter:

www.livenet.ch



Livenet

«Kinder und Jugendliche gern haben und fördern»



Elf Jahre leitete Erwin Sommer das kantonale Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung (AKVB). Ende Juli 2024 ging er in Pension. Bevor er Amtsleiter wurde, leitete er fünf Jahre die Abteilung Schulaufsicht. Zudem war er 30 Jahre lang Lehrer, Schulleiter und später Fachdidaktiker am Seminar Langenthal.

Von 2002 bis 2008 engagierte sich Erwin Sommer für die EVP im Grossen Rat. Er ist verheiratet, wohnt in Melchnau und ist Vater von drei erwachsenen Kindern und fünffacher Grossvater.

Du warst Lehrer, Schulleiter, Politiker und Amtsleiter. Welche dieser Tätigkeiten haben dir am besten gefallen?

Es handelt sich dabei alles um Tätigkeiten, die mit Menschen zu tun haben. Alles hat seine Zeit. Jede Phase hat mir gefallen und ich möchte keine missen. Dankbar bin ich für alle Begegnungen, die ich mit Menschen unterschiedlicher Alterskategorien erleben durfte.

Was waren die grössten Herausforderungen als Amtsleiter?

Nebst den laufenden Projekten wie der Einführung des Lehrplans 21, diversen Bildungsgesetzesrevisionen und Corona war es sicher der Fachkräftemangel. Bildung ist ein grosses Vorrecht und unser wichtigster «Bodenschatz». Die Anforderungen der Gesellschaft an die Lehrkräfte sind stark gestiegen. Es braucht gute, kompetente Personen, welche die Kinder und Jugendlichen gern haben und fördern wollen. Durch die Pensionierung der Babyboomer und den generellen Fachkräftemangel gibt es zu wenig Lehrpersonen. Das ist sehr schmerzhaft und sollte sich bald ändern.

Wie erlebst du die EVP-Grossratsfraktion in der Bildungspolitik?

Ich begegnete den Grossrätinnen und Grossräten vor allem während den Sessionen. Dabei erlebte ich die EVP-Fraktion meistens als staatstragende, unterstützende Fraktion. Die Mitglieder sind gut vorbereitet und ihre Voten sind engagiert und kompetent.

Seit letzten Sommer bist du pensioniert. Was steht nun bei dir an?

Als «Azubi»-Rentner darf ich vieles lernen und geniessen und kann meiner Frau und meinen Grosskindern vermehrt Zeit schenken. Zum Beispiel bin ich beim Reisen am Sammeln von



Erwin Sommer

Sonnenstrahlen für den «Winter» wie Frederic die Maus im Buch von Leo Lionni.

Interview: Philippe Messerli

Gemeinderätin Priscilla Furrer, Oberdiessbach



Priscilla Furrer lebt mit ihrem Mann und vier Kindern von 9 bis 17 Jahren in Oberdiessbach. Die gelernte Pflegefachfrau HF ist Familienfrau und Gemeinderätin. Sie trägt gerne Verantwortung, hinterfragt kritisch, optimiert, wo immer möglich, und arbeitet zielstrebig und doch empathisch.



Priscilla Furrer

Weshalb sollten dich die Wahlberechtigten von Oberdiessbach nächsten Herbst wieder in den Gemeinderat wählen?

John Maxwell sagte, dass es in Leitungsfunktionen nicht um

Titel, Positionen oder Diagramme geht, sondern dass ein Leben das andere beeinflusst («Leadership is not about titles, positions or flowcharts. It is about one life influencing another»). Besonders am Herzen liegen mir als Gemeinderätin die Zusammenarbeit mit Menschen, eine gemeinsame Vision und die Schaffung eines inspirierenden Umfeldes, in dem sich Menschen entwickeln und entfalten können. Nachdem ich mich politisch eingearbeitet habe, würde es Freude und Sinn machen, an den strategischen Zielen weiterarbeiten zu können.

Welcher Entscheid in der Gemeindepolitik hat dich in dieser Amtszeit besonders gefreut?

Der Kreditbeschluss für die «Schul- und Kulturraumplanung». Grundsätzlich freute mich in meiner Arbeit besonders, wenn Synergien und Ressourcen genutzt und gemeinsam etwas erarbeitet werden konnte und dadurch etwas Neues in Bewegung gesetzt wurde.

Wie bist du zur Politik gekommen?

Nachdem wir als Familie nach Oberdiessbach gezogen sind, begann ich in der EVP mit Vorstandsarbeit und liess mich bei den nächsten Wahlen auf die Liste setzen, um die Ortspartei zu unterstützen. Dabei gewannen wir überraschend einen zweiten Sitz, den ich dann belegen durfte.

Was sind die grössten Herausforderungen der Gemeinde?

Dazu zähle ich die Weiterentwicklung der Gemeinde, die notwendigen baulichen Veränderungen wie des Wohn-, Schul- und Kulturraums sowie der latente Fachkräftemangel.

Fällt dir die Abgrenzung zwischen Politikerin und Privatperson leicht?

Es ist im kommunalen Kontext nicht immer einfach, sich abzugrenzen. Es ist herausfordernd und hängt immer auch davon ab, wie es das Gegenüber schafft, mich in der aktuell richtigen Rolle zu sehen. Ich habe meines Erachtens aber gelernt, den Hut je nach Situation zu wechseln.

Interview: Susanne Gutbrod

Kandidieren? Na klar!

Wie andernorts sind dieses Jahr auch in Lyss Gemeindewahlen. 40 Sitze im Parlament und fünf im Gemeinderat stehen zur Wahl.



Christine Schnegg

Die EVP ist im Parlament (GGR) aktuell mit drei Sitzen vertreten. Natürlich werden wir wieder antreten und diese Sitze verteidigen. Dabei hoffen wir zusätzlich auf mindestens einen Sitzgewinn. Auch bei der Gemeinderatswahl werden wir antreten und so unsere Bereitschaft zeigen, in der Exekutive Verantwortung zu übernehmen.

Wir sind dankbar, dass uns bereits einige Personen als Kandidierende zugesagt haben. Wer in seiner Gemeinde auch schon Wahlen organisiert hat, kennt aber sicher die frustrierend vielen Absagen. Doch es gibt aus meiner Sicht drei

sehr gute Gründe, Sie, werte Leserin, werter Leser, für eine allfällige Kandidatur zu motivieren:

- 1.** brauchen die Leute, die bereits ein Amt im Parlament oder Gemeinderat inne haben, eine breite Unterstützung für ihre Wiederwahl. Unser Wahlsystem verlangt eine hohe Anzahl Listenstimmen, bevor die Sitze proportional verteilt werden. Dabei müssen Sie gar nicht selber einen Sitz anstreben, sondern «nur» wertvolle Unterstützung sein.
- 2.** empfehlen Sie sicher allen Wahlberechtigten, wählen zu gehen. Das bedingt aber auch wählbare Kandidierende, die Werte vertreten, wie dies die EVP tut.
- 3.** entspricht eine Kandidatur sehr gut dem bekannten Leitvers aus Jeremja 29,7: «Suchet der Stadt bestes, damit es auch euch wohl ergeht!»

Christine Schnegg, Mitglied GGR, Lyss

Grosses Interesse am Synagogenbesuch



Rund 30 EVP-Frauen aus dem ganzen Kanton liessen sich am 7. November in Bern durch die Synagoge führen. Sie erlebten ein Wechselbad der Gefühle: Polizeipräsenz aufgrund der Besammlung der Frauen vor und eine Sicherheitsschleuse in die Synagoge zeigten mitten im beschaulichen Bern die notwendigen Sicherheitsvorkehrungen. Als Kontrast dazu führte uns Denise Alvarez, selbst Mitglied der jüdischen Gemeinde, mit grosser Offenheit durch die Synagoge

und beantwortete geduldig unsere Fragen wie zum Beispiel: «Sprechen die Jüdinnen und Juden in der Synagoge Hebräisch oder Berndeutsch miteinander?» Da der Anlass auf grosses Echo gestossen ist, haben wir für den 13. März eine weitere Führung geplant. Infos und Anmeldung: www.evp-be.ch > Menschen > Frauennetzwerk. Die Platzzahl ist beschränkt.

*Barbara Streit-Stettler
Präsidentin Frauennetzwerk*

 **BB Wertmetall®**
Gut zu haben.


ANZEIGE





Die Franken wanken. Seit 2002 hat die „starke“ Währung über 30 % ihrer Kaufkraft verloren. Silber und Gold erhalten Vermögen von Generation zu Generation.

Haggai-Medaillen aus Silber und Gold

- ✓ Handfeste Währung für zu Hause
- ✓ Kein irdisches Hoheitszeichen
- ✓ Hervorragende Rückkaufwerte
- ✓ Option auf versicherte Lagerung
- ✓ Höchster Feingehalt 999.9

 bb-wertmetall.ch

 062 892 48 48

 contact@bb-wertmetall.ch

Die Wichtigkeit von Apéros

Als Grossrätinnen und Grossräte wollen wir alle das Beste für unseren Kanton. Wie das erreicht werden soll, darüber herrscht selten Einigkeit. Im Grossen Rat treffen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen aufeinander – der Bergbauer aus dem Oberland, der Lehrer aus der Stadt Bern, der Unternehmer aus dem Oberaargau und die Sozialarbeiterin aus dem Seeland. Unterschiedliche Lebensrealitäten prallen aufeinander, wenn es um die wichtigen politischen Themen geht. Unsere Gruppe ist dabei genauso vielfältig wie unsere Meinungen. Die jüngsten Grossräte sind 28 Jahre alt, der älteste 73. Es gibt 62 Frauen und 98 Männer, die von Orten wie St. Imier, Melchnau, Schattenhalb oder Erlach kommen. Sie gehören verschiedenen politischen Fraktionen an, diskutieren, debattieren und streiten

sich mit Hingabe. Am Ende gibt es Abstimmungen – und damit Gewinner und Verlierer. Für jene auf der unterlegenen Seite kann das manchmal frustrierend sein. Zum Glück ist der nächste Apéro nach hitzigen Debatten nie weit entfernt. In den Pausen der langen Sessions- und Sitzungstage bietet sich immer wieder die Gelegenheit, miteinander anzustossen – mit oder ohne Alkohol. Bei einem Glas und gutem Essen trifft man oft auf dieselben Personen, mit denen man eben noch hart diskutiert hat. Doch plötzlich dreht sich das Gespräch nicht mehr um Politik. Wir sprechen über das Wetter, die Familie, berufliche Herausforderungen oder alltägliche Freuden und Sorgen. Es ist ein Moment, in dem wir einander nicht als Gegner, sondern als Menschen begegnen. Dieser gegenseitige Respekt, der



Barbara Stotzer-Wyss

durch solche persönlichen Begegnungen gestärkt wird, ist für mich das Fundament jeder politischen Arbeit. Auch wenn unsere Ansichten oft weit auseinander liegen, dürfen wir den Respekt voreinander nie verlieren. Nur so können wir gemeinsam für das Wohl des Kantons Bern kämpfen. Darum

sind Apéros und die Möglichkeit, einander auf menschlicher Ebene zu begegnen, fast ebenso wichtig wie die harten Debatten, Sitzungen und die intensive Arbeit, die unsere politische Tätigkeit prägen. In diesen informellen Momenten wird klar: Politik ist mehr als nur das Streiten um Meinungen. Es geht darum, den Dialog zu pflegen, Kompromisse zu finden und trotz aller Differenzen die Gemeinschaft zu stärken. Der Apéro ist dafür die perfekte Bühne.

Barbara Stotzer-Wyss
Präsidentin EVP BE
Grossrätin, Büren an der Aare

ANZEIGEN

FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse
www.prosperita.ch

RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
079 215 57 27
n.regez@remax.ch
Kostenlose Schätzung

EVP Kanton Bern

WIR SUCHEN DICH!

Gesucht ab September/Oktober 2025 bis März 2026
PRAKTIKANT/-IN
(Pensum 50 bis 100%)

Deine Einsatzgebiete
Assistenz Geschäftsführung EVP BE bei den Vorbereitungen der kantonalen Wahlen 2026. Betreuung von Kandidierenden und Unterstützung Ortsparteien, administrative Arbeiten, Korrespondenz, Telefondienst, Betreuung Website und digitale Medien, Wahlwerbematerial koordinieren, bereitstellen und ausliefern.

Bist du interessiert?
Schicke deine Bewerbung an:
EVP Kanton Bern, Postfach 9324,
3001 Bern · info@evp-be.ch

Für Rückfragen / weitere Infos:
Philippe Messerli,
Co-Geschäftsführer
031 352 60 61 · info@evp-be.ch

WIR FREUEN UNS AUF DICH!

IMPRESSUM

Herausgeberin: EVP Kanton Bern, Postfach 9324, 3001 Bern, info@evp-be.ch, Tel. 031 352 60 61

Redaktionsadresse: Christof Erne, Myrtenweg 27, 3018 Bern, bevp@evp-be.ch

Adressänderungen:
Bitte schriftlich an EVP Schweiz, Postfach 2319, 3001 Bern, oder via www.evppsv.ch/kontakt/adressaenderung

Inserate: IDEA, Urs Scharnowski, Tel. 031 818 01 46, urs.scharnowski@jordibelp.ch

Mediadaten: www.evp-be.ch > Aktuell > Zeitung «Berner EVP»

Jahresabonnement: Mitglieder: Fr. 5.-, Freunde / Gönner/innen: Fr. 3.-; IBAN CH64 3000 0001 3002 0312 1

Druckerei: W. Gassmann AG, Biel

Versandarbeiten / Beilagen: Atelier Passage, Müllerstrasse 3, 2562 Port, www.atelierpassage.ch, Tel. 032 331 66 55, info@atelierpassage.ch

LEPRA ist heilbar!

Unterstützen Sie Menschen mit Lepra mit einer Spende.

LEPRA MISSION SCHWEIZ

TB TRANSPARENT BROKER
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch

Christliche Ostmission ostmission.ch

Wir schützen, bauen auf und helfen direkt.

Los Lorentes Residences
loslorentes.com

baumann elektro

jung, dynamisch und motiviert

www.baumannelektro.ch
3110 münsingen | 031 721 62 27

EN DIRECT DU GRAND CONSEIL

Engagement multiple du groupe PEV



Lors de la session d'hiver du Grand Conseil, les député-e-s du PEV se sont impliqués dans les débats en soussignant et en soutenant activement des motions sur différents sujets.

L'intervention de **Tom Gerber** visant à compenser à l'avenir le renchérissement en versant au personnel de l'administration cantonale un montant absolu au lieu d'un pourcentage a été adoptée par le Grand Conseil. Lors de la deuxième lecture d'une nouvelle loi, **Melanie Beutler-Hohenberger** s'est engagée pour davantage de transparence dans le financement des partis et des campagnes d'élection. Les électrices et électeurs ont le droit de savoir qui finance l'engagement politique. De nos jours, il n'y a pas assez de lieux de protection pour les femmes et les enfants victimes

de violence qui doivent en partie être placés en dehors du canton, ce qui engendre des frais considérables, ou dans un hôtel, ce qui ne garantit ni l'encadrement ni la protection nécessaires. En tant que co-motionnaire, **Simone Leuenberger** demande plus de places d'hébergement. Le Grand Conseil a approuvé cette demande. En tant que co-motionnaire, **Philippe Messerli** s'est engagé avec succès pour qu'à l'avenir, les policièr-e-s puissent également être élu-e-s au Grand Conseil. **Katja Streiff** souhaitait offrir aux jeunes un accès gratuit à des médias régionaux sérieux pour

une période limitée afin que les jeunes ne s'informent pas exclusivement via les médias « sociaux » sur l'actualité mondiale. La demande d'examen a été rejetée. Au sein de la commission de sécurité, **Hanspeter Steiner** travaille sur le décret relatif à la navigation et aux moules quagga, une espèce invasive dont il faut endiguer la propagation par des mesures efficaces. En ce qui concerne le budget et la priorisation des investissements, **Barbara Stotzer-Wyss** a fourni un travail considérable : elle s'est prononcée en faveur d'investissements orientés vers l'avenir. La suspension des

investissements décidée par la majorité du Parlement cantonal ne correspond pas à la position du groupe PEV. Lors du débat sur les investissements pour la lutte contre les dommages dus au changement climatique, **René Müller** a souligné que la prévention des risques liés au climat est aussi importante que la compensation des dégâts et qu'elle serait plus efficace que la « politique de rafistolage » actuellement appliquée.

Au nom du PEV, **Tabea Bossard-Jenni** est intervenue concernant le rapport sur le projet eBau. Cette procédure électronique d'octroi du permis de construire fait suite à une motion du PEV que nos prédécesseurs ont déposée en 2014.



Tabea Bossard-Jenni

Suivez les activités du groupe PEV sur les réseaux sociaux (Facebook, Instagram, X, Tiktok, Bluesky) du PEV canton de Berne – follow, like, share, comment ☺.

Tabea Bossard-Jenni
députée, Oberburg

VOTATIONS CANTONALES DU 9 FÉVRIER

Oui à l'initiative solaire



L'initiative solaire bernoise co-déposée par le PEV prévoit que les surfaces appropriées des bâtiments contribuent à la production d'énergie.

Selon l'initiative, les toits ou façades appropriés des nouveaux bâtiments d'habitation et industriels doivent être utilisés pour la production d'énergie solaire. Il en va de même pour les bâtiments existants si des rénovations de toitures sont prévues, ou au plus tard à partir de 2040. Les propriétaires peuvent également faire installer et exploiter les installations par des tiers. Le Conseil d'État peut fixer des exceptions par exemple pour les bâtiments classés monuments

historiques. Celles et ceux qui ne veulent pas d'installation peuvent s'en affranchir en payant une taxe de remplacement. Le Grand Conseil a adopté un contre-projet. Malheureusement, celui-ci a été fortement mis à mal en raison du lobbying de l'Association des propriétaires fonciers (APF). **Le PEV vous recommande d'accepter aussi bien l'initiative que le contre-projet et de choisir l'initiative pour le vote final.**

Hanspeter Steiner, député, Boll

VOTATIONS FÉDÉRALES DU 9 FÉVRIER

Préserver les bases vitales

L'initiative « pour la responsabilité environnementale » veut transformer la Suisse de manière durable. Avec son niveau de vie élevé, la Suisse utilise des ressources et émet des polluants comme si nous avions trois terres à disposition. L'initiative exige la transition vers une économie qui ne met pas en danger nos bases vitales,

notamment en ce qui concerne la consommation d'énergie et des matières premières ainsi que l'émission de substances nocives. D'ici dix ans, la consommation en Suisse devra répondre à ces exigences avec des mesures concrètes pour rendre l'économie et la consommation plus durables.

PEV CH

VOTATIONS DU 9 FÉV. 2025

Infos: www.evp-be.ch/fr et
www.evppev.ch/fr/votations

	Initiative solaire bernoise	OUI
	Contre-projet	OUI
	Question subsidiaire	Initiative
	Initiative pour la responsabilité environnementale	OUI